



Bild von peacemedia_for_future auf Pixabay

Frieden – die große Illusion im globalisierten Kapitalismus!

Eine neue Flugschrift nimmt, rücksichtslos gegenüber allem, was an Idealen so unterwegs ist, die offizielle wie die oppositionelle Friedenshoffnung ins Visier.

Ein Interview mit Freerk Huisken

von Frank Bernhardt

„FRIEDEN. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass.“ So heißt eine Flugschrift (<https://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/frieden/>), die Anfang August beim VSA-Verlag erschienen ist. Der Autor Freerk Huisken (<https://fhuisken.de/>), Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors, hat sich die alte friedensbewegte Hoffnung vorgenommen, die heute angesichts des Ukrainekriegs und der deutschen „Zeitenwende“ eine neue Bedeutung bekommen hat. Denn, so der Ausgangspunkt des antimilitaristischen Büchleins, die Rede vom Frieden beherrscht die hiesige politische Debatte als moralische Rechtfertigung „unserer“ (noch indirekten) Kriegsbeteiligung gegen „das Böse“ in Gestalt der Russischen Föderation und ihres dämonischen Anführers.

Friedensmoral = Kriegsmoral

Huisken hält fest: Friedensmoral ist mittlerweile Kriegsmoral. Sie hat nun endgültig von heute auf morgen die politische Verpflichtung „Nie wieder Krieg!“ – die ja im BRD-Frontstaat nie mit Gewaltlosigkeit gleichzusetzen war und die schon beim Jugoslawienkrieg 1999 eine Umdeutung erfahren hatte – außer Kraft gesetzt und durchgängig Unterstützung in den Reihen

hiesiger Bürger gefunden. Als loyale Nationalmoral ist sie in den Verantwortungsmedien dauerpräsent, mit deren Hilfe zugleich die Fahndung nach „Putin-Verstehern“ betrieben wird.

Das ist das Fazit zur gegenwärtigen Gesinnungslage in Deutschland. Und das leitet dann – was im Hauptteil der Schrift ausgeführt wird – zur Kritik „unserer“ Friedensordnung über. Diese soll ja mit allen Mitteln gegen einen Aggressor verteidigt werden, der sich, so heißt es, an keine Regeln hält. Was der Westen hier schützt, ist jedoch, wie Huiskens ausführt, alles andere als ein gewaltfreier Zustand: Es geht um die Freisetzung kapitalistischer Benutzungsverhältnisse auf dem Globus, wobei „diese Friedensordnung, also die Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit ihrem unter US-Aufsicht etablierten Ordnungssystem, ganz prinzipiell Gewalt als integralen Bestandteil hat“.

Huiskens schreibt damit sein Kritik fort, die er seit Herausgabe seines Buches „Anstiftung zum Unfrieden“ (Berlin 1984) in Publikationen und Diskussionsveranstaltungen vertreten hat, lange Jahre auch im Rahmen der GEW, wo er regelmäßig „Gegenreden“ auch zum Bildungsbetrieb veröffentlichte. Ein Forum hatte er z.B. im Auswege-Magazin (bis 2020 herausgegeben von der GEW Ansbach), wo er Beiträge zu Bildungsarbeit und Bildungspolitik publizierte. Dort ist etwa 2010 die Gegenrede Nr. 17, ein Gespräch mit einem Schüler zur Kritik des Nationalismus, erschienen: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Warum auch nicht?“. Nachzulesen sind diese und andere Gegenreden unter: https://www.magazin-auswege.de/data/2011/09/Huiskens_Gegenrede17_Dialog_Deutschland.pdf. An diese Aktivitäten wurde jetzt auch im Umkreis der neuen oppositionellen Gewerkschaftsinitiative „Sagt nein!“ erinnert. Alle Informationen dazu unter: <https://www.i-v-a.net/doku.php?id=texts23>.

Zur alten und neuen Kritik an den trügerischen Friedenshoffnungen hier ein Gespräch mit Freerk Huiskens.

Den Frieden kritisieren?

Frage: *Der Titel Ihres neuen Buches lautet: „Frieden. Eine Kritik.“ Und dennoch beginnen Sie Ihren Text mit der Bemerkung, dass Frieden nicht zu kritisieren sei. Wie darf man das verstehen?*

Antwort: Das löst sich schnell auf. In der Tat ist das, was Frieden seinem sachlichen Gehalt nach meint, nämlich gewaltfreie Verhältnisse innerhalb und zwischen Ländern, nicht zu kritisieren. Jedoch erweist sich bei einem kurzen Blick in die Verhältnisse zwischen den Nationen – es handelt sich aktuell bei ihnen immer um Staatsgewalten –, dass es ihnen ganz prinzipiell an den Voraussetzungen für solchen Frieden mangelt. Es gibt keine Staatsmacht (von einigen wenigen Ministstaaten abgesehen), die sich nicht im Frieden mit einer entsprechenden Aufrüstung auf Krieg vorbereitet. Warum wohl? Und es gibt keinen der größeren Kriege – ich denke insbesondere an den laufenden Ukrainekrieg –, die nicht mit der Begründung geführt werden, es gelte die schöne Friedensordnung wieder herzustellen. Wie mag die wohl aussehen?

Ja, wie denn?

Das habe ich im 4. Kapitel meines Büchleins darzustellen versucht. Da müsste man sich schon durcharbeiten. Aber wenn schon nach einer kürzeren Auskunft gefragt wird, kann ich

auf mein Gespräch „Kapitalistische Lektionen aus dem Wirtschaftskrieg“ mit dem YouTube-Kanal 99zu1 verweisen (<https://www.youtube.com/watch?v=2B9EVpKS9Po>).

Nun gut. Trotzdem noch einmal zurück zum Thema Frieden. Das eben von Ihnen angesprochene Kapitel endet mit dem Hinweis, dass es unter gegebenen Verhältnissen zwischen Frieden und Krieg keinen Unterschied mehr gibt.

Da haben Sie mich völlig missverstanden und obendrein falsch zitiert. Natürlich ist es ein Unterschied, ob Staaten sich in Verhandlungen mit harten Bandagen wechselseitig ökonomische Vorteile abringen oder ob sie aufeinander schießen. Das ist doch keine Frage! Ich habe davon geredet, dass die Behauptung, zwischen Krieg und Frieden bestünde ein Gegensatz, beide würden sich ausschließen, nicht zu halten ist. Wenn Staaten sich im Frieden kriegsfähig ausstaffieren und wenn Kriege mit Zerstörung und Vernichtung einen Frieden sichern sollen, der dann erneut Gründe für militärische Übergriffe enthält, dann folgt daraus, dass Krieg und Frieden nichts anderes sind als zwei Mittel imperialistischer Staatsmächte.



FRIEDEN: Eine Kritik.
Aus aktuellem Anlass.

von Freerk Huisken

154 S. VSA-Verlag, 7/2023, Tb, 12 €,
ISBN: 978-3964881939

Stimmt, das war nicht korrekt wiedergegeben, ist aber jetzt klar gestellt. Daher etwas anderes: In Ihrer Flugschrift unterziehen Sie nicht nur die offizielle Politik mit ihrer Finanzierung des Stellvertreterkrieges in der Ukraine, mit den Milliardenkosten für dieses marode Staatswesen und mit der unerbittlichen Absage des Kanzlers an einen „Diktatfrieden“ – gepaart mit der „Zeitenwende“ – einer harschen Kritik. Sie beziehen auch die Friedensbewegung in Ihre Kritik ein, obwohl sie sich (mehr oder weniger bedingungslos) für Frieden und gegen Krieg ausspricht und obendrein deswegen gerade heftig angegriffen wird. Sie zitieren das ja selbst. Wäre es da nicht angesagt, Gnade vor Kritik walten zu lassen?

Wenn sich in der Friedensbewegung durchgesetzt hätte, dass man Krieg nicht als die Abwesenheit von Frieden fassen kann; und wenn sie – dies meine zentrale Kritik – nicht seit Jahrzehnten immer wieder und unberührt durch politische Ignoranz in jenen Mächten, die die Kriege vorbereiten und führen, dafür also ihre Gründe haben müssen, die Zuständigen für Abrüstung und allseitige Demilitarisierung sehen würden, dann hätte ich mir das Kapitel ersparen können.

Von Seiten der Friedensbewegung hört man dagegen als Bekräftigung ihrer Position, dass es doch der Auftrag des demokratischen Staates sei, für Frieden eintreten – und dass dies sogar im Grundgesetz steht.

Im Grundgesetz Art. 87a, der das Aufstellen von Verteidigungskräften regelt, ist neuerdings auch mit der Mehrheit des Bundestages die „Zeitenwende“ verankert worden, also der Beschluss der Ampelregierung, deutsche Außenpolitik neu zu militarisieren. Das müsste als Antwort reichen.

Bei Wagenknecht und Schwarzer, den Machern des „Friedensmanifests“ von links, bemängeln Sie u.a., dass sie die Frage nach dem „Grund“ für die Kriegsgräuere nicht ansprechen.

In der Tat stellt es einen Mangel in der Argumentation dieses Appells dar, wenn auf der einen Seite Kriegsgräuere vorgeführt werden, aber im ganzen Appell ein näherer Hinweis auf die politischen Interessen fehlt, welche die Kriegsparteien zu diesen Massakern veranlasst haben. Aber der Kern meiner Kritik an dem Appell besteht nicht in der Benennung von all dem, was nicht in ihm ausgeführt ist. Wichtig ist mir die Kritik an den Urteilen, die den Appell tragen. So frage ich mich z.B., ob den Autorinnen bei ihrer Berufung auf den Kanzlereid – „Schaden vom deutschen Volke abzuwenden...“ – entgangen ist, dass ein Kanzler Scholz mit deutscher Kriegseteiligung genau das vorhat, weil er den Schaden eben in Putins Angriff auf unsere hehre Friedensordnung erblickt. Diesem Kriegskanzler zu unterstellen, er müsste doch den „Schaden des deutschen Volkes“ genau so bestimmen, wie etwa die linke Wagenknecht das tut, ist Idealismus vom Feinsten.

Mitmachen – bis zum bitteren Ende?

Ein anderes Thema: Durch einen nochmals riesig aufgehäuften Schuldenberg und seine Folgen hervorgerufen wird so etwas wie ein nationaler Notstand zur Bewältigung ausgerufen. Die mit Inflationsraten etc. nachgemessene Verarmung der Arbeiter und Angestellten nimmt seit einem Jahr ja noch mal größere Ausmaße an. Dies begründet die herrschende Politik damit, dass „Putin uns den Gashahn abgedreht hat“. Die „Gaskrise“, die durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland hervorgerufen wurde, sollen jetzt die ‚abhängig Beschäftigten‘ ausbaden. Trotz materieller Schäden durch miserable Löhne und ruinöse Arbeitsbedingungen ergreifen die Menschen Partei für den Krieg. Noch führen ihn andere, „unserer Ukrainer“, aber perspektivisch ist klar, dass auch „wir“ den Kopf dafür hinhalten müssen und selber zu Zielscheiben werden können. Wie geht das zusammen? Ist das auch der von Ihnen angesprochenen „Volksverdummung“, der Sie ja ein ganzes Kapitel widmen, zuzurechnen?

Damit das mit der „Volksverdummung“ nicht falsch aufgefasst wird: Das löst sich nicht in fehlendes Wissen, unzulängliche Informationen etc. auf. Das gehört zwar auch dazu, aber dumm ist es, sich der offiziellen Friedensmoral anzuschließen und sich damit jedem gescheiterten Gedanken über die Kriegsgründe der beiden Krieg führenden Seiten zu verschließen. Und wenn dann die Bürger auf das Vaterland, auf ihr deutsches Vaterland, nichts kommen lassen wollen, sich nicht vorstellen mögen, dass ihre Herrschaft Kriegspartei ist, dann lassen sie sich auch einleuchten, dass „wir“, die Guten, der Ukraine nur helfen wollen; und dass diese Hilfe ihren, natürlich dem Putin geschuldeten Preis hat.

Dazu passt, was Außenministerin Baerbock vor der UNO gesagt hat: „Jede und jeder Einzelne von uns muss jetzt eine dezidierte und verantwortungsvolle Entscheidung treffen und Partei ergreifen“ (Rede vor der UNO vom 1.3.22 <https://teheran.diplo.de>). Es ist wohl keine Untertreibung, dass die große Mehrheit der Forderung der Außenministerin Folge geleistet hat. Wie kommt es dazu?

Das habe ich eigentlich eben schon beantwortet. Aber noch eine Ergänzung: Die Rede von der manipulativen Wirkung der Medien, die sich ebenfalls zu 99 % der offiziellen Kriegsmoral angeschlossen haben, möchte ich relativieren: Es trifft zwar zu, dass von BILD bis zur SZ nur über Putin, den Bösen, gehetzt wird, aber wenn diese Hetze flächendeckend bei deutschen Bürgern ankommt, dann muss bei den Deutschen bereits eine Geisteshaltung vorliegen, die die Grundlage für die Akzeptanz der geistigen Brandstiftung in den Medien abgibt: Ich rede vom Nationalismus der Deutschen und seinen Spielarten – von links bis rechts.

Kanzler Scholz hält (Stand Dezember 2022) „die Gefahr eines Atomkriegs ... für gering“ (www.faz.net, 8.12.22). Der stellvertretende Vorsitzende des Nationale Sicherheitsrat der Russischen Föderation, Medwedew, droht gerade „mit einem Atomkrieg, falls die Gegenoffensive der Ukraine ... zur Rückgewinnung der von ihnen besetzten Gebiete erfolgreich sein sollte“ (so David Goßmann bei Telepolis.de, 31.7.23 <https://www.telepolis.de/features/Medwedew-Bei-Erfolg-der-Gegenoffensive-droht-globales-nukleares-Feuer-9230663.html>). Redet der Kanzler die Eskalation des Krieges zu einem atomaren Schlagabtausch klein und übertreibt Medwedew mit seiner Drohung?

Es gab aber auch kurz nach Anfang des Krieges die Klarstellung von Putin: Wenn das russische Territorium angegriffen werden sollte, wird das „Konsequenzen“ haben, die in der „gesamten Geschichte noch nie gesehen“ wurden (siehe „Kriegsbefürworter spielen Atomkriegsgefahr herunter“ <https://overton-magazin.de/krass-konkret/kriegsbefuerworter-spielen-atomkriegsgefahr-herunter/>). Was steckt etwa hinter dem Hinweis auf den Einsatz von Atomwaffen, den der ‚Waffennarr‘ Hofreiter von den Grünen lapidar und verharmlosend mit „Putin blufft“ (www.tagesspiegel.de, 23.9.22) kommentiert? Trifft die beruhigende „Theorie“ der Abschreckung, wie sie von Teilen der Medien verbreitet wird, wirklich zu, dass das zur Zerstörung des Globus auf beiden Seiten zigfach vorhandene Waffenpotenzial einen Atomkrieg unwahrscheinlich macht?

Ich habe mich dazu in meinem Text nicht ausgelassen, weil es mir im Hauptteil um eine andere Beweisabsicht geht. Dennoch kurz was dazu: Die Rede vom „Bluff Putins“, der „uns Angst machen“ und daran hindern soll, „der Ukraine weiter zu helfen“ – so liest man es in der Presse –, würde ich umgekehrt lesen: „Wir lassen uns doch durch so einen Bluff nicht von der Lieferung von Leos oder Kampfjets abhalten. Das hätte Putin wohl gern!“

Der Sache nach droht nicht etwa ein Atomkrieg. Der Sache nach stehen sich in diesem Krieg die beiden Atomsupermächte von Anfang an mit scharf gemachten Atomwaffen gegenüber. Von Anfang an stellen die Thinktanks der Russen und der USA Kalkulationen darüber an, welche Auswirkungen eine Eskalation mit atomar bestückten Waffen für den Gegner und für sie selber hätten und wann so etwas fällig wäre. Natürlich ist keiner der Führer der Kriegsmächte für den Atomkrieg, der verwüsten würde, was sie doch gerade nach einem Kriegsende wieder als Sicherheitsregion und Reichtumsquellen nützen wollen. Aber wenn der – ihrer militärischen Logik zufolge – „notwendig“ wird, wären sie gewappnet. Das muss man zur Kenntnis nehmen!

Die kriegerische Auseinandersetzung des Westens mit Russland auf dem Gebiet der Ukraine ordnen Sie ja auch als ein Vorspiel auf die große Auseinandersetzung mit dem durch den Westen ökonomisch und damit politisch erst groß gemachten chinesischen Staat ein? Ein weiterer Beleg, der den Friedensidealismus, gegen den Sie ja vehement anschreiben, widerlegt!

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen: Vorspiel. So eine Verharmlosung des Ukrainekriegs liegt mir fern. Die USA entdecken sowohl in der Russischen Föderation als auch in China eine gravierende Störungen ihrer Weltordnung, die sie nicht hinzunehmen gewillt sind. Der russische Einmarsch vom Februar 2022 in die Ukraine war dann für die Vereinigten Staaten und die übrigen NATO-Staaten die – man kann ruhig den Zynismus gebrauchen – willkommene Gelegenheit, den ukrainischen Staat für den Krieg gegen Russland auszustatten. Die Auseinandersetzung mit China wird parallel dazu politisch, ökonomisch und hinsichtlich der militärischen Einkreisung Chinas vorangetrieben.

Zum Schluss noch etwas anderes: Ihrer Website kann man entnehmen, dass Sie mit Vorträgen in Deutschland gegen den breiten Konsens antreten, der sich sogar die „Fahndung“ nach Abweichlern auf die Fahnen geschrieben hat. Veröffentlichen können Sie aber noch – etwa dank dem VSA-Verlag. Wie steht es denn in dieser Hinsicht um live-Auftritte in der Öffentlichkeit, um Vorträge etc.?

Meine öffentlichen Vorträge zu diesen Themen haben regelmäßig zu Debatten geführt – und auf die kommt es mir immer primär an –, die zum Glück sachlich geblieben sind und zur Erörterung von Fragen geführt haben, die davon zeugen, dass in der linken Öffentlichkeit durchaus Klärungsbedarf existiert. Die Debatten kreisten um die Einordnung der „Zeitenwende“, der Parteilichkeit gegen Putin, des Imperialismus der Russen, der Staatsverschuldung für Aufrüstung, der Rechtfertigungsideologien beider Seiten für den Krieg, des Pazifismus usw. Allerdings muss ich anmerken, dass sich so einige linke ASTen der hiesigen Universitäten, an denen ich geredet habe, z.T. wie offizielle politische Fahndungsbeauftragte aufführen.

Der Text ist Ende August 2023 zuerst im [Overton-Magazin](#) erschienen und wurde auf das GEW-Magazin zugeschnitten.



Über den Autor

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, anschließend Studium und Abschluss zum VR-Lehrer, dann Junglehrer an einer Hamburger Förderschule mit Abschluss des 2. Staatsexamens, kurz darauf Sonderpädagogisches Aufbaustudium mit Abschluss, 40-jährige Tätigkeit an Förderschulen und mehrjährige im Personalrat VR So sowie im Schul-P, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz), im GEW-Magazin, Overton-Magazin und auf Telepolis.

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de

☛ [Alle bisherigen Text von Frank Bernhardt im GEW-Magazin](#)